

29. Dezember. Ministerpräsident Paschitsch überreichte dem Könige die Demission des Gesamtkabinetts.

29. Dezember. Ministerpräsident Paschitsch verbleibt im Amte.

29. Dezember. In der Skupstina unterbreitete die Regierung eine Gesetzesvorlage über die Annexion der neuen Gebiete und über die Einführung eines besonderen Verwaltungssystems in jenen Gebieten, wonach dort das gegenwärtige Regime 10 Jahre lang in Kraft bleibt und die Regierung ermächtigt wird, Abänderungen einzelner Verwaltungsbestimmungen vorzunehmen.

## XXI.

### Montenegro.

7. Februar. Wiederbeginn der Angriffe auf die Festung Scutari.

24. Februar. Die Regierung lehnt das Anerbieten des österreichischen roten Kreuzes, eine sanitäre Hilfsexpedition zu entsenden, mit Dank ab, da das Land über genügende Mittel zur Pflege der Verwundeten verfüge und auch eine genügende Anzahl von Ärzten habe.

4. März. Eine Erklärung des Königs Nikolaus.

Der König hat den Kriegskorrespondenten erklärt: „Der Entschluß Montenegro, Scutari durch Waffengewalt zu nehmen, wird durch den Beschluß der Großmächte, daß Scutari Albanien zufallen soll, nicht geändert. Montenegro wird seine Operationen fortsetzen, bis Scutari erobert ist; keine Macht wird seine Truppen ohne große Opfer aus Scutari entfernen. Scutari ist eine Lebensfrage für Montenegro. Ein einziger Sieg führt zur Befestigung des Friedens in einigen Gebieten des Balkans, nämlich die vollkommene Garantie für die Existenz und die freie Entwicklung Montenegro. Hierzu ist es notwendig, daß Montenegro Scutari mit Umgebung erhält. Der Gehalt Montenegro ist erschöpft.“

5. März. Die Vertreter der Großmächte fragen bei dem Minister des Äußern an, ob Montenegro die Vermittlung der Mächte für den Abschluß des Friedens mit der Türkei annehme.

20. März. Vier österreichische Forderungen. (Siehe Österreichisch-ungarische Monarchie 20. März.)

24. März. Der russische Gesandte v. Giers verlangt ebenfalls, daß die Beschießung Scutaris eingestellt werde, damit die Zivilbevölkerung die Festung verlassen könne.

25. März. Die Regierung hat sich den Forderungen Österreich-Ungarns anbequemt.